

# Werkstatt Frieden & Solidarität

Waltherstraße 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094,  
Fax 0732/797391, e-mail: office@werkstatt.or.at

[www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)



*für ein neutrales, solidarisches  
und weltoffenes Österreich*

# 6.700 Tote an den Mauern der Festung EU!

Das Internationale Netzwerk gegen Rassismus UNITED hat von 1993 bis zum April 2005 6.336 Todesfälle von Menschen dokumentiert, die ums Leben kamen, als sie versuchten in ein Land der Europäischen Union zu flüchten. Auf mehr als 6700 Tote an den Außengrenzen der Europäischen Union schätzen Flüchtlingsorganisationen die Zahl der toten Flüchtlinge bis Ende 2005. Und das Sterben an den Außengrenzen der EU geht unvermindert weiter.



Jedes Jahr begeben sich Tausende von Menschen auf die Flucht nach Europa, wo sie sich Sicherheit vor Verfolgung, wirtschaftliche Sicherheit oder einfach nur "ein besseres Leben" erhoffen. Jedes Jahr ertrinken Hunderte von ihnen zwischen Afrika und Italien oder Spanien im Meer, ersticken in versiegelten Containern, verhungern in verschlossenen Lastkraftwagen, werden zwischen der Türkei und Griechenland von Landminen zerfetzt oder erfrieren bei der Überquerung von Gebirgszügen.

Doch diejenigen, die es letztlich bis in die "Festung Europa" geschafft haben, müssen feststellen, dass sie keinesfalls in Sicherheit sind. Sie werden in so genannten Flüchtlingszentren interniert, die sich zum Teil nicht von normalen Gefängnissen unterscheiden. Einige Flüchtlinge können das Elend und die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen sie dort festgehalten werden, nicht ertragen und treten in den Hungerstreik oder nähern sich aus Protest Augen und Mäuler zu. Manche begehen sogar Selbstmord.

## **Militarisierung der Grenzen**

Diese Todesfälle lassen sich auf die Militarisierung der Grenzen, die Asylgesetze, die Gewahrsamsmaßnahmen, Abschiebungen und Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen zurückführen. Sie ereignen sich im Zusamm-

menhang mit der Ausführung von Beschlüssen, die auf höchster politischer Ebene getroffen wurden: dem Vertrag von Schengen, dem Dubliner Übereinkommen und den Grenzkontrollprogrammen der EU. Hat der Staat entschieden, dass ein Flüchtling nicht asylberechtigt ist, so wird dieser in sein Herkunftsland abgeschoben, selbst wenn er schon seit zehn Jahren in der neuen Heimat gelebt hat. Oftmals werden auch die Kinder abgeschoben, obwohl sie nicht einmal die Muttersprache ihrer Eltern sprechen.

Mitunter kommen Flüchtlinge bei der Abschiebung ums Leben, so wie es bei Marcus Omofuma der Fall war. Er erstickte, als er von seinen Bewachern während der Zwangsrückführung mit Klebeband geknebelt und gefesselt wurde. Manche von ihnen sterben oder "verschwinden", weil das Abschiebungsland letztlich doch nicht sicher war und sie von staatlichen Kräften getötet oder festgenommen werden.

## **Legale Einwanderung abgeschafft**

Einer der Gründe für die "illegale" Einreise von Flüchtlingen liegt darin, dass "die Regierungen alle legalen Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen abzuschaffen versuchen, die ihren unerträglichen Lebensumständen entfliehen wollen". Fast 15 % aller Todesfälle lassen sich auf Aktionen von Polizei und Grenzschutz zurückführen. Dazu zählen all jene, die bei der Abschiebung ums Leben kommen, in Flüchtlingszentren Selbstmord begehen, von Grenzschützern beim "illegalen" Grenzübertritt erschossen werden oder von der Polizei als "Sans-papiers" zu Tode gehetzt werden.

Die Zahl dieser Fälle ist alarmierend hoch, und es steht zu befürchten, dass sich dahinter eine noch höhere Dunkelziffer von Flüchtlingsmisshandlungen in Europa verbirgt. Viele Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer, ehe sie die europäische Küste erreichen. Das ICMPD (International Centre for Migration Policy development) spricht von mindestens 3600 Toten an den spanischen Küsten, und die Regierung Spaniens gibt zu, dass nur jeder dritte Ertrunkene geborgen wird.

(Quelle: [www.keine-festung-europa.eu](http://www.keine-festung-europa.eu))

## **EU - Weltmeister beim Rüstungsexport**

Parallel zur Militarisierung der Außengrenzen gegenüber Flüchtlingen betreibt die EU den Aufbau von Militärkapazitäten für Offensivkriege. Laut Auskunft der finnischen Ratspräsidentschaft wird derzeit am Aufbau von 19 EU-Schlachtgruppen ("Battle-Groups") mit rd. 40.000 Mann/Frau gearbeitet, um ab 2007 global militärisch eingreifen zu können. Hauptinterventionsziel der EU-Battlegroups soll Afrika, der Nahe und der Mittlere Osten sein. Damit sollen "Expeditionskriegszüge" für den "Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen" (European Defence Paper 2004) durchgeführt werden. Mit dieser Militarisierung soll also jene ungerechte Verteilung des globalen Reichtums aufrechterhalten werden, der immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt und zur Flucht zwingt. Gleichzeitig sind die EU-Staaten im Jahr 2005 zur Nummer 1 beim Rüstungsexport geworden - noch vor den USA und Russland. Viele dieser Waffen gehen in Länder des Südens. Es sind nicht zuletzt jene Regimes, die mit europäischen Waffen aufgerüstet werden, vor denen jene flüchten, die an Mauern der Festung EU zu Tode kommen.

### **Die Werkstatt Frieden & Solidarität fordert von Regierung und Nationalrat:**

- **Entschärfung des Fremden- und Asylrechts - weg mit der "sicheren Drittstaat"-Regelung**
- **Abschaffung der Schubhaft - Restlose Aufklärung der Todesfälle (Yankuba Ceesay...)**
- **Keine Unterstützung des EU-weit zentralisierten Informationsaustauschs der Behörden in Fragen des Asyl- und Fremdenrechts sowie von exterritorialen EU-Auffanglagern zur Flüchtlingsabwehr.**
- **Sofortiger Ausstieg aus den EU-Schlachtgruppen! Aktive Friedens- und Neutralitätspolitik statt Aufrüstung!**